

ZUR ROLLE DER TALIBAN IN DEN NORDAFGHANISCHEN PROVINZEN BALKH UND SAR-E POL



Menschenrechtsreport Nr. 65
der Gesellschaft für bedrohte Völker - Oktober 2010

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - London - Luxemburg -
New York - Sarajevo/Srebrenica - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Bestellungen bitte direkt an: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).
Gern übersenden wir Ihnen auch kostenlose Informationen über unsere
Menschenrechtsarbeit.

Bitte unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit der GfbV mit einer Spende.

Impressum:

Herausgeber und Copyright: Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Titelfoto: Marc Thörner im Gespräch mit Asadullah, dem
Sprecher der paschtunischen Minderheit von Said
Abad/Sar-e Pol (*Foto: Harun*)

Revidierter Text: Tillmann Schmalzried, GfbV-Afghanistan-Referent

Redaktion: Markus Leonhardt

Erstmals erschienen in: epd-Dokumentation Nr. 27-28, Evangelischer
Pressedienst (epd), Frankfurt/Main, 6. Juli 2010, S.
81-91 (ohne Photos)

Göttingen, Oktober 2010

INHALT

Vorab	4
(Vor)Bemerkung	5
Taliban, Warlords, Ausländer	6
Ausländer	6
Warlords	7
Taliban	9
Beispiele	10
Beispiel Nr. 1: Balkh	10
Beispiel Nr. 2: Sar-e Pol	13
Fazit	18

**ZUR ROLLE DER TALIBAN
IN DEN NORDAFGHANISCHEN PROVINZEN
BALKH UND SAR-E POL**

Der folgende Beitrag soll anhand ausgewählter Beispiele Hinweise darauf geben, dass vor dem Hintergrund ethnischer Spannungen von den Warlords zu verantwortender Machtmissbrauch den Taliban hilft, selbst in den Gebieten, in denen sie niemals wirklich Fuß fassen konnten, den Aufstand gegen die afghanische Regierung und ausländische Truppen zu organisieren. Da die *International Security Assistance Force (ISAF)*, inzwischen selbst Teil des Problems, das zu bekämpfen sie angetreten ist, sich nicht im Brennpunkt des Beitrags befindet, sei der an der Rolle der Bundeswehr auf dem Gebiet des Regionalkommandos Nord interessierte Leser auf den kürzlich im *Internationalen Magazin für Sicherheit (IMS)* erschienenen Aufsatz „Die ISAF in Nordafghanistan“ verwiesen.¹ Er wird dann vielleicht feststellen, dass die Recherche von Menschenrechtsverletzungen für die *Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)* nur einen Teil ihres Auftrags als Menschenrechtsorganisation bildet. Sie richtet auch Forderungen an die politisch Verantwortlichen und will so dazu beitragen, den Kreislauf von Machtmissbrauch und Straflosigkeit zu durchbrechen, der den Aufbau eines afghanischen Rechtsstaates verhindert. Die *GfbV* ist da ganz altmodisch und hält sich an das 1948 von den *Vereinten Nationen* formulierte Vorurteil, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet“.² Die im zweiten Teil wiedergegebenen Auszüge von Interviews, die der Radio-Journalist Marc Thörner in Nordafghanistan im Herbst 2009 sammelte, sollen auch andere dazu animieren, Vergleiche zwischen dem erstmals auf dem Petersberg bei Bonn am 5. Dezember 2001 in vertraglicher Form formulierten Anspruch afghanischer Politiker, „den tragischen Konflikt in Afghanistan zu beenden und die nationale Aussöhnung, einen dauerhaften Frieden, Stabilität und die Achtung der Menschenrechte im Lande zu fördern“³ und dem von afghanischen Warlords und ihren Milizen verübten extremen Machtmissbrauch anzustellen. Eine Einleitung über Taliban, Warlords, Ausländer soll dem Leser, der nicht mit den Details des mittlerweile mehr als 35 Jahre dauernden bewaffneten Konflikts vertraut ist, das Verständnis der Interviews erleichtern.

1 Tillmann Schmalzried: Die ISAF in Nordafghanistan - oder: Kann die Bundeswehr aus der Rolle eines Mitspielers in die Rolle eines Friedensstifters schlüpfen? in: Auf verlorenem Posten? Deutsche Soldaten in Afghanistan. Internationales Magazin für Sicherheit Nr. 1, 2010, S. 19ff.

2 Generalversammlung der Vereinten Nationen: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10.12.1948, Abs. 1 der Präambel.

3 Teilnehmer an den Gesprächen der Vereinten Nationen über Afghanistan: Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan bis zur Wiederherstellung dauerhafter staatlicher Institutionen, Petersberg/ Bonn 5.12.2001, Abs. 2 der Präambel.

(Vor)Bemerkung

gerichtet an mit dem Konflikt vertraute Leser:

Bürger eines an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Landes nehmen es zwangsläufig mit der Objektivität der Wissenschaft nicht sehr genau, auch dann, wenn sie Wissenschaftler sind. Erst recht gilt das natürlich für den Menschenrechtler.

Am 20. Januar 2008 überliess Jean MacKenzie, damals Leiterin des Afghanistan-Programms des *Institute for War & Peace Reporting (IWPR)*, der *GfbV* eine am 15. Januar an die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)* gerichtete „Application for Protection“. *IWPR*'s Staff Reporter Sayed Yaqub Ibrahimi bat die *UNAMA* darin um Personenschutz und darum, ihm eine geregelte Ausreise aus Afghanistan zu ermöglichen, weil die Bedrohung seiner Person und seiner Familie von ihm selbst und seinem Unterstützerfeld nicht länger aufgefangen werden konnte. Für die breitere Öffentlichkeit außerhalb Afghanistans war Yaqub Ibrahimi lediglich der Bruder des jungen Journalistik-Studenten Sayed Parvez Kaambakhsh. Das Sicherheitsgericht der Provinz Balkh in Mazar-e Sharif hatte Parvez am 23. Januar 2008 auf der Grundlage falscher Beweise wegen Beleidigung des Propheten zum Tode verurteilt. Die Mitarbeiter der *GfbV* dagegen kannten Yaqub als genialen Konflikt-Journalisten. Mehr als alle seiner afghanischen Kollegen setzte er sich kontinuierlich seit Oktober 2003 mit dem Machtmissbrauch nordafghanischer Warlords auseinander. Die „Application for Protection“ enthält zu Beginn Verweise auf eine Reihe seiner von *IWPR* veröffentlichten Reports, die ihn ab Februar 2007 zur Zielscheibe von Todesdrohungen aus den Reihen zweier der von Warlords organisierten Parteien gemacht hatten, der *Junbesh-e Melli* und der *Jamiat-e Islami*. Er fährt dann mit einer detaillierten Beschreibung der durch Warlord-Milizen inszenierten Angriffe auf ihn und seine Familie fort. Gegen Ende enthält er Aussagen über verschiedene Gruppen islamischer Fundamentalisten, die Todesurteile gegen Yaqub und seinen Bruder forderten bzw. bereits gefällte zu vollstrecken versprochen:



Sayed Yaqub Ibrahimi
(Photo: MacKenzie)

„The threat is not limited to the *Junbish-e-Islami* or *Jamiat-e Islami* commanders. [...] On January 13 one Mullah in Balkh told me that they will take a decision about me and he said that I was working for foreigners and have a project against Islam. [...] Also I have been receiving death threats from unknown men that call themselves the *Northern branch of the Taliban*. They say that I and my brother are infidels and my death sentence has been issued by the Taliban council. The speaker accuses me of working for the Israeli government to defame Islam. [...] I am also under threat from fundamentalist groups, especially the *Afghanistan Mullah's Council* and *Council of the Taliban*, on the charge of activities against Islam and spying for foreigners, especially Israel. All of the campaigns are designed to execute or imprison me, in order to stop my work as a journalist.“⁴

4 Sayed Yaqub Ibrahimi: Application for Protection, Brief an die United Nations Assistance Mission in Afghanistan. Hervorhebungen durch den Autor.

Durch dieses Zeugnis eines prominenten afghanischen Anti-Warlord-Journaisten⁵ erhielt die *GfbV* erstmals glaubhafte Informationen aus erster Hand über Taliban-Strukturen in Nordafghanistan.

Sayed Parvez Kaambakhsh und Sayed Yaqub Ibrahimi mussten ihre Heimat im letzten Jahr verlassen. Geblieben sind ihre Gegner: Warlords, von der Regierung geförderte islamische Fundamentalisten, und der Regierung feindlich gesinnte Aufständische, die gleichfalls einen radikalen Islam vertreten.

Taliban, Warlords, Ausländer

Ausländer

Fremde Interessen beeinflussen innerafghanische Konflikte seit jeher. Der Islam ist Ergebnis einer ausländischen Invasion. Die Hazara Zentralafghanistans bezeichnen sich als Nachkommen Dschingis Khans. Der afghanische Emir Abdur Rahman Khan erhielt im späten 19. Jahrhundert von Großbritannien Jahresgelder und die Erlaubnis zum Erwerb von Waffen und Munition. So war es ihm möglich, bei dem Versuch, einen von Kabul aus gelenkten Zentralstaat aufzubauen, die Paschtunisierung von Teilen Nordafghanistans voranzutreiben, mit der sein Vorgänger Ahmad Schah Durrani bereits mehr als hundert Jahre früher begonnen hatte. Ethnische Säuberung an der nichtpaschtunischen Bevölkerung war eines der von ihm verwendeten Mittel.

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts bauten alle Parteien des Afghanistan-Krieges im Schatten des globalen Konflikts zwischen der Sowjetunion und den USA Milizen auf, deren militärische und politische Führer die vorhandenen religiösen und ethnischen Identitäten zur Legitimation ihrer Stellung nutzten. Da keine der afghanischen Kriegs-Parteien auf die Hilfe nichtafghanischer Unterstützer verzichten konnte, vertraten sie aber nicht nur die eigenen Interessen. Hinter der *Peoples Democratic Party of Afghanistan (PDPA)* stand die Sowjetunion. Die sunnitischen Widerstandsparteien, die sog. *Peschawar-Sieben*, führten ihren Krieg gegen sowjetische und afghanische Truppen mit der Hilfe Pakistans, Saudi-Arabiens und anderer muslimischer Staaten. Die USA lieferten ihnen via Pakistan einen großen Teil der Ausrüstung sowie das nötige Know-How. Eine Gruppe schiitischer Widerstandsparteien wurde durch den Iran gefördert.

In den 90er Jahren zogen sich zwar die internationalen Player aus Afghanistan mehr und mehr zurück, nicht jedoch die regionalen. Pakistan, die stärkste übrig gebliebene Regionalmacht, sah seinen Einfluss auf die Mudschaheddin schwinden und musste erkennen, dass Gulbuddin Hekmatyar und seine *Hezb-e Islami* nicht in der Lage waren, Pakistans Interessen in Südafghanistan durchzusetzen. Er und Abdul Rasul Sayyaf waren die Paschtunen unter den radikal-islamischen Führern der *Peschawar-Sieben*, aber da Sayyaf als Wahhabit saudi-arabische Verbindungen pflegte, war Hekmatyar während der 80er Jahre Pakistans Favorit. Neue Partner fand es in den Taliban, die zu Beginn ihres Aufstiegs gegen die Verbrechen der Warlords zu Felde zogen. Da die Taliban-Milizen weit weniger in Afghanistan verwurzelt waren als die Milizen der Mudschaheddin, und ihre Führer wesentlich weniger ‚Hausmacht‘ besaßen, war Pakistan in der Lage, sie innerhalb von eineinhalb Jahren abhängiger von ausländischer Hilfe zu machen als irgendeinen der Mudschaheddin-Führer.

5 Im März 2008 verlieh die *Unione nazionale cronisti italiani* Sayed Yaqub Ibrahimi und Sayed Parvez Kaambakhsh den Titel „Reporter des Jahres“, und am 8. Oktober 2010 war Yaqub einer der drei Empfänger des in Leipzig verliehenen „Preises für die Freiheit und Zukunft der Medien“ der *Medienstiftung der Sparkasse Leipzig*.

Der „War against Terror“ brachte zunächst die USA nach Afghanistan zurück, zog über die Teilnahme an *Operation Enduring Freedom (OEF)* und *ISAF* aber auch Länder in den Afghanistan-Konflikt hinein, die dort vorher kaum eine Rolle gespielt hatten, so auch Deutschland. In Ermangelung eigener Stützpunkte in den Nachbarländern Afghanistans suchte die *OEF* afghanische Partner, um die Taliban zu schlagen. Sie fand sie in den militärischen Führern der Milizen (s.o.), die sich während des Bürgerkriegs der 90er Jahre in Warlords verwandelt hatten. Obwohl das „Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan“ vorsah, demokratisch legitimierte staatliche Institutionen zu schaffen und allen Afghanen Sicherheit, Stabilität und Menschenrechte zu bringen, setzten sich mit internationaler Hilfe also wieder Persönlichkeiten durch, die solchen Zielen ablehnend gegenüberstehen, halten sie sich doch an der Macht über deren Monopolisierung in den eigenen Händen.

Es sieht so aus, als wäre das Ausland nicht bereit, den Preis für die Umorientierung einer Warlord-Gesellschaft in eine demokratische Gesellschaft zu zahlen. Das Militär jedenfalls holte spätestens ab 2004 Programme zur Aufstandsbekämpfung aus der Mottenkiste, wie sie von der britischen Kolonialverwaltung im 19. Jahrhundert und von der Sowjetunion in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts verwendet wurden. Auf diese Weise wird die Herrschaft demokratiefeindlicher Warlords stabilisiert und der illegale Drogen-Waffenhandel beibehalten, den die Kommandeure zur Finanzierung ihrer Milizen benötigen. Die Internationale Gemeinschaft hütet sich, ihnen in den Arm zu fallen, wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen. Da die für die Befriedung Afghanistans zur Verfügung gestellten Ressourcen völlig unzureichend sind, scheint sie dazu auch bis auf weiteres nicht in der Lage zu sein.

Warlords

Welche Rolle Warlords in Afghanistan mittlerweile spielen, wurde schon angesprochen. Die Kommandeure verstärken durch ihre Machtmonopole negative Formen der Konfliktbearbeitung, die sich in Afghanistan wie in jedem sich über Jahre hinziehenden Krieg entwickeln, vor allem aber in einer Gesellschaft wie der afghanischen, die aus Volksgruppen mit extrem unterschiedlichen Identitäten besteht. Auch bei Exil-Afghanen wirken die dabei erzeugten Feindbilder und Loyalitäten, oft sogar dann, wenn sie selbst über keine Kriegserfahrungen verfügen, etwa wenn sie bereits vor dem Ausbruch der neueren Afghanistan-Kriege im Jahre 1978 ihre Heimat verließen, oder wenn sie im Ausland aufgewachsene Kinder afghanischer Flüchtlinge sind.

Die meisten der das Land beherrschenden Warlords waren in den 80er Jahren Mudschaheddin-Führer. Andere legten sich sekundär ein Profil zu, das dem eines Mudschaheddin-Führers vergleichbar ist. Die Mudschaheddin bildeten über ethnische und/oder religiöse Identifikationen Parteien, deren Profil von der Abstammung und/oder der Ideologie der Führer bestimmt wurde. Offensichtlich ersetzten diese Parteien die Stammeszugehörigkeit früherer Zeiten, obwohl sie keineswegs die früheren Konzepte durch etwas radikal Neues ersetzen. Da die Macht der Führer aber inzwischen nur über Milizen und Geheimdienste durchsetzbar ist, können diese Parteien als kein erfolgreiches Konzept aufgefasst werden. Es ist eher die Loyalität des Krieges, die Identifikation des Feindes also, die sie am Leben erhält. Deshalb ist der Unterschied zu den verschiedenen Gruppen von Aufständischen, Taliban und anderen, auch kleiner als der zu Parteien in einem europäischen Sinn. Der einzelne Mudschahed konnte die Partei sogar wechseln. Für die Führer war das nicht möglich. Diese konnten nur die Allianzen zu anderen Führern je nach Kriegs- und Interessenlage neu bestimmen. Die Afghanen selbst unterscheiden die Warlord-Parteien von anderen Parteien, die den europäischen Konzepten eher entsprechen, und nennen sie

“Tanzim“, eine Bezeichnung, die zuerst für die *Peschawar-Sieben* verwendet wurde, sich aber später von diesen verselbständigte.⁶

Drei Beispiele: Der Uzbeke Abdul Rashid Dostum begann seine Karriere als Angestellter einer nordafghanischen Erdgasraffinerie. Nach 1978 baute er unter den Arbeitern bewaffnete Gruppen auf, aus denen später die stärkste der Milizen wurde, die die kommunistische Regierung verteidigten. Weil hauptsächlich aus Uzbekern bestehend, setzte sie die Regierung auch in Landesteilen ein, in denen es keine uzbekische Bevölkerung gab. Anfang 1992 wechselte er die Fronten und gründete dabei nach dem Vorbild der *Peshawar-Sieben* eine eigene, auf ihn eingeschworene, angeblich die Interessen der Turk-Völker vertretende Partei, die *Junbesh-e Melli*. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre beherrschte er teilweise einen eigenen de facto-Staat in Nordafghanistan mit Mazar-e Sharif als Hauptstadt. Ein Aufstand Abdul Malik Pahlawans, seines wichtigsten Generals, sorgte dafür, dass die Taliban in das sich bildende Machtvakuum eindringen konnten. Es war ihm in den nächsten Jahren trotz mehrerer Versuche nicht möglich, die alte Machtposition zurückzuerobern. Aber 2001 kam er zurück, dank des amerikanischen Geheimdienstes, der ihn für die Zerschlagung der Nordfront der Taliban benötigte. Im Anschluss an die letzte Schlacht gegen die Taliban in Nordafghanistan bei Kunduz veranlasste er ein Massaker an zwei- bis dreitausend Kriegsgefangenen. Die Aufarbeitung dieses Massakers durch die US-Regierung lässt immer noch auf sich warten, weil die Mitwisserschaft durch Angehörige von US-Spezialtruppen wohl außer Zweifel steht. Anschließend verlor er die zurück gewonnene Macht bis 2004 zunehmend an Atta Mohammad Nur, einen Konkurrenten, der enge Beziehungen zur *Jamiat-e Islami* pflegte. Es gelang ihm nicht, sich wieder in Mazar-e Sharif festzusetzen. Ab 2005 versuchte Hamid Karzai, ihn wieder aufzuwerten, vielleicht um keinen der nordafghanischen Warlords zu stark werden zu lassen. Unter diesen Umständen haben die Kabuler Regierung und die Strafverfolgungsbehörden keine Möglichkeit oder kein Interesse, Menschenrechtsverletzungen, die Dostums Generäle im Norden Sar-e Pols verüben, zu verhindern oder die Täter vor Gericht zu ziehen.

Der Tadjike Atta Mohammad Nur versucht offensichtlich, seine Vergangenheit als Mudschaheddin-Führer während des Krieges gegen die Sowjetunion und während der Bürgerkriegszeit aufzuwerten. Er stilisiert sich als Erbe eines frühen Mudschaheddin-Kommandeurs, des 1984 umgekommenen Zabiullah Khan. Während der 90er Jahre hatte er keine Chance, sich in der Umgebung Mazar-i Sharifs gegen die Truppen Dostums oder Mohaqeqs, der in Nordafghanistan die schiitische *Hezb-e Wahdat*-Miliz leitete, durchzusetzen. Seine eigentliche Stunde kam 2001, als die Amerikaner ihn als zweiten General der Nordallianz neben Dostum akzeptierten. Er fand sich schnell in diese Rolle, nutzte die Stärke der Nachfolger Ahmad Schah Massuds in der Kabuler Regierung, und die Tatsache, dass Dostums *Junbesh-e Melli* nicht dieselbe Geschlossenheit aufwies wie die *Jamiat-e Islami*, die ihn unterstützte. Karzai hatte offensichtlich kein Interesse daran, Dostum wieder Nordafghanistan beherrschen zu lassen. So konnte Atta seine Machtbasis, unterstützt von den Nachfolgern Massuds in Kabul, ausbauen. Anfang 2004 kam dann seine Chance, in die erste Reihe der Provinzfürsten aufzusteigen. Angestellte Mohammed Khakrezwals, des neuen Polizeichefs von Mazar-e Sharif, hoben einen der Drogentransporte aus, mit denen Atta seine Milizen bezahlt. Daraufhin stürmte er die Stadt mit 7000 Bewaffneten, schloss Khakrezwal mit ca. 200 dieser Miliz-Soldaten in dessen Privathaus ein und erzwang so eine Übereinkunft mit Kabul. Karzai ernannte ihn nach etwa drei Wochen Belagerung zum neuen Gouverneur. Inzwischen ist er zum mächtigsten Warlord Nordafghanistans aufgestiegen.

6 Zur Entwicklung von Parteien in Afghanistan s. Thomas Ruttig: *Islamists, Leftists and a Void in the Center: Afghanistan's Political Parties and Where They Come From* (1902 - 2006).

Politische Morde, die er seit Jahren an Führern der paschtunischen Minderheit begehen lässt, bleiben straflos.

Der Paschtune Abdul Rasul Sayyaf war Mitte der 70er Jahre Partner Burhanuddin Rabbanis, als radikal-islamische Politiker versuchten, den Kommunisten zuvorzukommen und Mohammed Daud Khans Regierung zu stürzen. Wie andere Anführer dieses Aufstandes auch landete er im Gefängnis, aus dem ihn sein Verwandter Hafizullah Amin, der zweite kommunistische Präsident Afghanistans, noch vor dem Einmarsch der *Roten Armee* entließ. 1980 gründete er eine der *Peschwar-Sieben*, die *Ittehad-e Islami*. Saudi-Arabien unterstützte den Wahhabiten Sayyaf während des anti-kommunistischen Krieges in den 80er Jahren. Zusammen mit Osama bin Laden trainierte er die aus anderen islamischen und auch westlichen Ländern stammenden Dschihadis. Nach dem Sturz Mohammed Nadjibullahs löste er zusammen mit Ahmad Schah Massud 1993 eine Welle ethnischer Säuberungen aus, die von da an den afghanischen Bürgerkrieg der 90er Jahre kennzeichneten. Seine Truppen entvölkerten damals den Kabuler Stadtteil Afshar durch Vertreibungen, Vergewaltigungen und willkürliche Morde an Mitgliedern der mehrheitlich zu den schiitischen Hazara gehörenden Bevölkerung. Obwohl seine Vorstellungen von der Verwirklichung einer islamischen Gesellschaft denen der Taliban gleichen, schloss er sich der Nordallianz an und bekämpfte sie. 2001 übte er massiven Druck auf Karzai aus und sorgte so dafür, dass der Posten des Obersten Richters seinem Gefolgsmann Faisal Ahmad Shinwari verliehen wurde. Damit übernahmen wahhabitische Islamisten die Herrschaft über das afghanische Rechtssystem und verhindern bis heute alle Versuche, rechtsstaatlichen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen. Außerdem werden von dem System Sayyaf alle Ansätze zur Bekämpfung der Straflosigkeit bereits im Keim erstickt: Als 2004 Abdullah Shah, einer der *Ittehad-e Islami*-Generäle des Massakers von Afshar, gegen Sayyaf aussagen wollte, veranlasste er, dass ein gegen den General anhängiges Gerichtsverfahren neu aufgerollt und mit einem Todesurteil abgeschlossen wurde. Sogar die Hinrichtung fand statt, obwohl 2004 ein Moratorium bestand, mit dem die Regierung sich verpflichtet hatte, Todesurteile nicht zu vollstrecken.

Taliban

Der Aufstieg der Taliban Mitte der 90er Jahre lässt sich nicht von den innerafghanischen Machtkämpfen der Mudschaheddin trennen. Sie traten 1994 mit dem Anspruch an, die Warlords, zu denen die Mudschaheddin-Führer geworden waren, zu entmachten. Aus ihrer Anfangszeit werden eine ganze Reihe von Robin Hood-Taten berichtet. So sollen sie von lokalen Warlords bei Kandahar entführte Mädchen und Jungen, die von diesen als Sex-Sklaven missbraucht wurden, befreit und die Warlords getötet haben. Erst später offenbarten sich die Schwächen dieser Bewegung, die sie außer Stande setzte, eine effiziente Verwaltung aufzubauen, nachdem ihnen bereits 1996 die Eroberung von zwei Drittel Afghanistans gelungen war. Osama bin Ladens Rückkehr und Verbrüderung mit den Taliban versetzte gemeinsam mit der Gängelung durch Pakistan deren Anspruch, ein islamisches Emirats auf der Grundlage afghanisch-paschtunischer Traditionen aufzubauen, den Todesstoß.

Nach 2001 gelang es ihnen trotzdem, angesichts der Unfähigkeit der Internationalen Gemeinschaft, Aufstandsbekämpfung, Staatsaufbau und Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft unter einen Hut zu bringen, das Aufstandspotential der afghanischen Gesellschaft zu mobilisieren. In den pakistanischen *Federal Tribal Administered Agencies (FATA)*, aus deren Flüchtlingslagern sie sich ursprünglich rekrutierten, und in die ein Teil ihrer Truppen sich 2001, von radikalisierten Islamisten in erfahrene Frontkämpfer verwandelt, wieder zurückzog, in Amalgamierung mit pakistanischen radikal-islamischen Führern, bildeten sie ähnliche Formen von Warlord-Herrschaften aus, die zu beseitigen sie ursprünglich angetreten waren.

Beispiele

Beispiel Nr. 1: Balkh⁷

Auszüge eines Gesprächs, das Marc Thörner mit einem Vertreter der paschtunischen Minderheit der Provinz Balkh Ende Oktober 2009 führte:

Marc Thörner fragt, ob er Probleme habe, weil er Paschtune sei:

„Seit Daud Khan haben wir Probleme. Das Land wird seitdem durcheinander geschüttelt. Die ‚Tanzim‘ bekämpfen einander seit damals gegenseitig um an die Macht zu kommen. Die armen Leute, die nicht zu diesen Gruppen gehören, haben seitdem Probleme.“⁸

Marc Thörner hakt nach, ob auch er persönlich Probleme bekommen habe:

Als vor einigen Monaten 24 Personen heimlich getötet wurden, habe er versucht, seine Stimme zu erheben [...] Deshalb habe er Leute gesammelt, die mit ihm gemeinsam zur UNO gehen sollten. Die Leute seien aus mehreren Distrikten [Der Provinz Balkh, d. V.] gekommen. Paschtunen, Uzbeken und Turkmenen seien dabei gewesen. Sie seien dann gemeinsam zum Büro der UNAMA in Mazar-e Sharif gegangen. Er habe sie zum Mitgehen gedrängt, obwohl sie alle Angst hatten, getötet zu werden. Bei der UNO hätten sie dann einen Brief abgegeben, aber bis jetzt [Zeitpunkt des Interviews] weder eine Antwort erhalten noch Hilfe. Aber alle wüssten, dass diese Gewalt von der Regierung [der Provinzregierung von Balkh, d. V.] ausgehe.

[...]

Marc Thörner fragt, ob er sich denken könne, wer hinter den Morden stecke, ob man wirklich die Regierung dafür verantwortlich machen könne:

In Kabul wisse man nicht einmal, wer er sei. Das sei Teil des Problems, dass Kabul sich nicht um sie kümmere. Wenn einer hier Paschtune sei, müsse er sich wie eine Frau die Zunge abschneiden und zu Hause bleiben.

Marc Thörner fragt, warum diese Morde statt gefunden hätten:

Einige Paschtunen hätten sich hinter Attas *Dschamiat-e Islami* gestellt, viele auch hinter Hamdards *Hezb-e Islami*, andere hinter die *Hezb-e Wahdat*. Am schwierigsten sei der Kampf zwischen Atta und Hamdard. Beide seien Gouverneure, der eine von Balkh, der andere von Paktia. Auch Juma Khan Hamdards Leute mordeten. Er selbst hasse beide. Mit diesen Leuten hätten sie [offensichtlich die Opfer von Übergriffen, d.V.] nichts zu tun.

Marc Thörner fragt, ob er sich auch jetzt gefährdet fühle:

Seit einigen Tagen erhalte er übers Telefon Drohungen. Auch habe man ihm ein Treffen an einem bestimmten Ort vorgeschlagen, das er aber nicht wahrgenommen habe, weil der, der ihn angerufen habe, ihm nicht verraten hätte, wer er sei,. Zwei Tage später seien ihm

⁷ Es handelt sich bei beiden Auszügen um Gesprächsprotokolle, nicht um wörtliche Übersetzungen. Die Protokolle wurden in Zusammenarbeit mit Afghanen gemacht, die nicht namentlich genannt werden möchten.

⁸ Von nun an wird das Format der indirekten Rede verwendet. Der Text ist fast durchgängig ein Gesprächsprotokoll.

unbekannte Leute überallhin gefolgt, aber er wisse genau, wer ihn da verfolge. Weil er die Stimme für die armen Leute erhebe [...] bedrohe man ihn jetzt. Nur Mächtige könnten dahinter stecken. Normale Muslime würden ihn niemals verfolgen.

Marc Thörner fragt, ob die Provinzregierung einen aktiven Geheimdienst habe:

Ja, etwa 110 Leute in paschtunischer Kleidung. Sie seien alle bewaffnet. Er wisse, wer diese Leute seien und mit wem sie zu tun hätten.

Marc Thörner fragt, ob auch er selbst vom Geheimdienst verfolgt werde:

Dieses Telefonat sei vom Geheimdienst gekommen. Bei dem verabredeten Treffpunkt sei dann niemand gewesen. Dann habe man ihm einen neuen Treffpunkt vorgeschlagen. [Zsf. d. V.: Nach einigem Hin und Her weigerte er sich, die Verabredung wahrzunehmen] Nach zwei Tagen Ruhe sei er dann beschattet worden. Er habe dann dem Geheimdienst mitgeteilt, er werde das Land verlassen, wenn die Bedrohung bleibe. Pakistan gehe jetzt nicht mehr. Er könne nur noch nach Russland gehen.

Marc Thörner: Sollen die Deutschen, wenn Atta solche Menschenrechtsverletzungen begehe und die Deutschen den Polizeiaufbau betrieben, die Provinzregierung weiterhin unterstützen oder damit aufhören?

[...] Er könne weder ja noch nein sagen. Die Deutschen wüssten, was falsch laufe. Die Hilfe solle aber nicht an die Falschen gehen, an diese vier. Sei die Hilfe für Leute wie Atta gedacht oder für ganz Afghanistan, solle sie Gutes bewirken oder Schlechtes? Wenn sie an die falschen Leute gehe, dann sei es keine Hilfe. Warum würden gute Leute umgebracht, und warum kämen solche Leute davon, wenn die Hilfe doch Gutes bewirken solle?

Marc Thörner fragt, was die deutsche Regierung tun solle:

Auch diese Frage könne er nicht beantworten. Die Hilfe gehe an die Kommandeure der vier Parteien, [Wiederholt], dass die Hilfe an die armen Leute gehen solle und an das Land, nicht an die Verbrecher.

Marc Thörner fragt, ob er von Leuten gehört habe, die ihr Land verloren hätten:

Hier nicht, aber in einem anderen Bezirk. Tausende von Lags Land seien weggenommen und an andere Leute verteilt worden. Hauptsächlich das Volk der Kuchi sei betroffen. Sie hätten seit Amanullah Khan Besitztitel. Fast alle Kuchi seien vertrieben worden. Niemand habe die Urkunden beachtet. [...]

Marc Thörner fragt, wann die erwähnten 24 Personen getötet worden seien:

Kommandant Leiaschem Lank sei vor fast einem Jahr geschickt worden, um diese Morde zu begehen. Zuerst sei er nach Chintal gegangen, dann nach Chahar Bolak. [Der Dolmetscher Harun wirft ein, das sei doch ein Paschtune und erhält auf die Zwischenfrage die Antwort], es gehe um Geld, nicht um Menschen.

Marc Thörner fragt, ob es auch in der letzten Zeit Übergriffe gegen Paschtunen gegeben habe:

Seit dem Besuch bei der UNO in Mazar-e Sharif sei nichts passiert. Möglicherweise hätte man ihre Stimme im Radio gehört. Sie sähen nun Licht am Ende des Tunnels.

Marc Thörner fragt, ob er Vorstellungen darüber habe, wie es nun weiter gehen solle:

Das könne nur Gott wissen. Aber wenn es weiter gehe wie in den letzten acht Jahren, dann würden weiter diese Räuber alles machen. Dann würde [die normale Bevölkerung] keine Chance bekommen. Sie bräuchten vernünftige Leute.

Marc Thörner fragt, ob sich wegen der Übergriffe einige Paschtunen dem Widerstand von Hezb-e Islami oder den Taliban angeschlossen hätten:

Was tue man, wenn Krieg herrsche und eine dritte Person sich neben einen stelle? Man gehe entweder in die Ecke und weine, oder man nehme das Kissen, das einem gegeben werde.

Marc Thörner fragt nach den Namen der Ermordeten:

Musa Jan, der Einfluss über ein ganzes Gebiet mit ca. 10 000 Menschen gehabt habe, aber unabhängig von den Tanzim gewesen sei, eine einnehmende und zuverlässige Persönlichkeit; Nader Shakhan, der mit [Marc Thörners Gesprächspartner] im Büro des Distriktvorstehers von Chahar Bolak gewesen sei und fünfzehn Minuten später auf dem Rückweg umgebracht worden sei; Ali Khan Khairadar; Ayatollah Meira Bashi, der [Marc Thörners Gesprächspartner] nahe stand, sei zusammen mit seinen drei Bodyguards getötet worden. Die Mörder hätten Polizei-Anzüge bei den Leichen zurückgelassen. [Marcs Gesprächspartner stoppt mit der Aufzählung, weil die Erinnerungen ihn übermannen. Dann bekräftigt er auf Nachfrage], dass die Mörder tatsächlich Polizisten gewesen seien. Leiaschem Lank beschäftige einen Polizisten als Chauffeur. Der Chauffeur Ali Amat hätte alles gewusst, was sein Chef getan und geplant habe. Lank sei fünf Tage später an eine andere Stelle versetzt worden. Als der Chauffeur Lank und seine Begleiter nach Hause gebracht habe, sei er selbst nach Hause gegangen. Am nächsten Tag auf dem Weg zur Arbeit sei er dann getötet worden.

Marc Thörner fragt nach, warum sein Gesprächspartner davon überzeugt sei, dass die Morde von Personen aus den Reihen der Polizei ausgeführt worden seien:

Hier wisse jeder, was passiere, wenn ein Terrorist ins Dorf komme und etwas mache. [...] als eine Schuldirektorin [z.B.] aus 200 bis 300 m Entfernung erkannt habe, dass ein Terrorist auf einem Motorrad sie verfolgte, sei sie ins Dorf zurück gegangen und habe dabei geschrien. Das ganze Dorf sei dann gekommen und habe den Fremden fest genommen. Sie hätten ihm seine Pistole abgenommen, und auch einen Brief bei ihm gefunden, der eine Erlaubnis des Gouverneurs enthalten habe. Dieser Räuber sei dann zur Polizei gebracht worden. Die Polizei habe ihn gefragt, was er in dem Dorf zu suchen gehabt hätte. Der Terrorist habe die Frage nicht beantworten wollen und der Polizei die Telefonnummer des Gouverneurs gegeben. Sie solle dort nachfragen. Der Gouverneur wisse alles.

Marc Thörner wiederholt die Frage, wie die Morde im Einzelnen durchgeführt worden seien:

In einem Fall sei jemand angehalten worden, aus dem Auto gezerrt und aus ca. 100m Entfernung mit einer Kalaschnikow erschossen. Eine andere Person, die auf dem Motorrad gesessen habe, sei ebenfalls angehalten und von Weitem erschossen worden. Manchmal hätten lediglich 10 Tage, manchmal mehr als 20 Tage, manchmal ca. ein Monat zwischen den einzelnen Morden gelegen. Sie hätten ja auch an verschiedenen Orten stattgefunden. Es habe sich bei den Opfern immer um mächtige Leute gehandelt. Das hätte jeweils geplant werden müssen.

Marc Thörner fragt seinen Gesprächspartner, ob er selbst zur Hezb-e Islami gehöre:

Er sagt, er habe nie zu irgendeiner Partei gehört. Bevor die Taliban gekommen seien, habe er mit der Hezb-e Islami Gulbuddin zu tun gehabt. Jetzt hätte er mit den politischen Parteien gar nichts mehr zu tun. Die Tanzim hätten alles zerstört, sein Haus und seine Familie. Sechs Leute aus seiner Familie seien bereits getötet worden. Er sei nicht mehr so wohlhabend wie früher. Nicht einmal die Fahrt [zu dem Treffen mit Marc Thörner] habe er sich leisten können.

Marc Thörner wiederholt die Frage, warum sein Gesprächspartner glaube, dass der Gouverneur selbst hinter den Morden stecke:

Atta habe kürzlich 50 neue Motorräder an einem einzigen Tag im Iran gekauft [etwas zusammenhanglos dann:] Als er den Anruf [mit der Bestätigung des Gesprächstermins durch Marc Thörner] erhalten habe, hätten alle seine Knochen gebrannt. Nun, nach dem Gespräch, brenne seine Zunge. Wenn er heute nach Hause gehe, wisse er nicht, ob es sein letzter Tag sei.

Marc Thörner fragt, ob er ihm irgendwie helfen könne:

Wichtig sei nur, dass die ganze Welt erfahre, was hier passiere. Es spiele keine Rolle, wie er nach Hause komme, er werde sowieso beschattet. Er bedanke sich. Er wünsche sich, dass die ganze Welt auf Afghanistan achte.

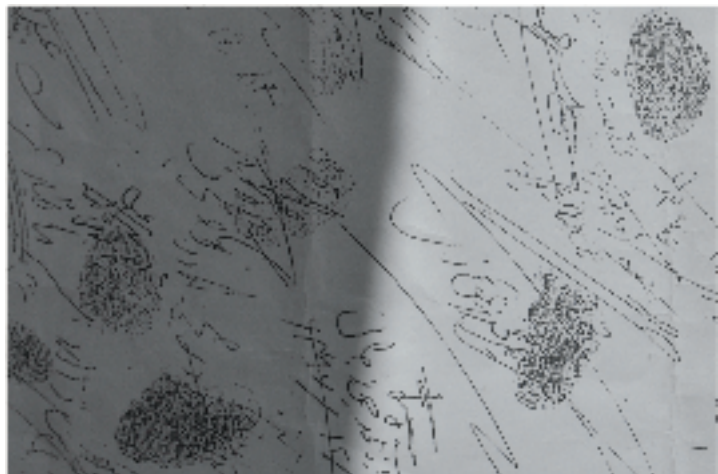
Beispiel Nr. 2: Sar-e Pol

Auszüge aus einem Gespräch, das Marc Thörner mit Asadullah, einem Sprecher von Ischaqzai-Paschtunen, die von ihren Besitztümern im Norden von Sar-e Pol vertrieben wurden, am Ende Oktober 2009 führte:

Das Gespräch fand in einem Versammlungsraum statt. Während des Gesprächs gingen Personen, die zu einer Gruppe nicht registrierter Flüchtlinge gehören, ein und aus. Zu Beginn des Gesprächs wurden Urkunden über Landbesitz verlesen, von denen einige auch Präsident Hamed Karzais Unterschrift tragen.

Marc Thörner möchte eine Zusammenfassung des soeben Vorgelesenen:

Der Dolmetscher erklärte, zwei Stämme seien betroffen, ein arabischer und ein paschtunischer. Asadullah sage aus, man habe den Ischaqzai die Erlaubnis erteilt, dort zu wohnen. Unterschrieben hätten diese Erlaubnis wichtige Leute, u.a. Hamid Karzai, Sibghatullah Modschaddedi und eine Reihe von Rechtsanwälten. Es seien viele Morde passiert, für die Kommandeur Kamal verantwortlich sei. Den habe man deswegen auch ins Gefängnis gesteckt, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Geld spiele eine große Rolle. Obwohl sie



Unterschriften einer Besitzurkunde
(Foto: Harun)

[die Ishaqzai und die afghanischen Araber] diese wichtige Erlaubnis erhalten hätten, könnten sie dort nicht mehr wohnen, weil dort jetzt andere Leute seien. Diese neuen Leute hätten ebenfalls Unterschriften unter ihre Papiere bekommen, aber deren Papiere seien Fälschungen. Sein Haus, seine Felder seien jetzt von anderen besetzt, ihm sei sogar seine Moschee abgenommen worden. Er selbst lebe jetzt wie ein Obdachloser auf dem Gebiet seines Onkels. Es habe eine Versammlung von Ältesten gegeben, an der auch er teilgenommen habe. Kommandeur Kamal sei ebenfalls da gewesen und habe die Leitung der Versammlung übernommen. Er habe versprochen, das Land, die Wälder, die Häuser zurückzugeben, habe sein Versprechen jedoch nicht gehalten.

Marc Thörner fragt, ob er die Ermordung von etwa 75 Personen seines Stammes bestätigen könne:

Ja, er sei selbst einer der Zeugen. Es gebe ein Dossier, das sich bei der *Staatsanwaltschaft Nr. 4* in Kabul befinde. Aber dieses Papier "schlafe".

Marc Thörner fragt, wann diese Morde stattgefunden hätten:

Auf Nachhaken des Dolmetschers Harun wurde von mehreren Personen, die sich im Raum befanden, bestätigt, sie seien nach dem Sturz der Taliban verübt worden, seit Junbesh-e Melli die Kommandeure stelle, ab 2002 also. Kamal selbst sei eigentlich afghanischer Araber. [also kein Uzbeke, obwohl Kommandeur der von Dostum angeführten Junbesh-e Melli] Bei einer Gelegenheit seien vierzig Personen auf einmal getötet worden, alles Araber. Sie seien zuerst aufgehängt und dann erschossen worden. Die anderen, Paschtunen, seien im Laufe der Zeit getötet worden. Einer von ihnen, Akhtar Khan, ein Arzt, der letztes Jahr schwer verwundet worden sei, als eine Kugel sein Bein getroffen habe, habe überlebt, sei aber inzwischen fast vollständig gelähmt. Man müsse ihn sogar füttern. Vor zwei Jahren hätten sie Mutalleb getötet. Er sei mit einem Stock zu Tode geprügelt worden.

Marc Thörner fragt, wer für die Morde verantwortlich sei und welche Funktion die Mörder gehabt hätten:

Mehrere Kommandeure, Kamal, Payinda und Abdul Chireeq. Kamal sei Kommandeur der *Junbesh-e Melli*. Die beiden anderen seien inzwischen Mitglieder des Parlaments.

Marc Thörner fragt, wer sich um die Klagen kümmere:

Seit zwei Jahren, seit man die Klagen dort abgegeben habe, laufe er in Kabul herum, aber niemand kümmere sich darum, die UNAMA nicht, Sima Samar [Leiterin der *Unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC)*], nicht, das Parlament nicht, Ghaus Zalmai [damals Sprecher des Generalstaatsanwalts] nicht.

Marc Thörner fragt nach den Dokumenten:

[Asadullah legt sie vor, weist auf Karzais Unterschrift hin] und meint, in Kabul habe niemanden die Unterschrift interessiert „Wenn Karzais Unterschrift dort lang steht, darfst du sie jetzt kurz machen“ [Meint offensichtlich, dass Karzais Unterschrift keinen Wert hat]. Das oberste Gericht habe die Dokumente beglaubigt, mit Stempel und Unterschrift. Auch von Ältesten in Sar-e Pol, Jowzjan, und Balkh habe er Unterschriften geholt. Zwei Monate habe es gedauert, bis eine Schiedskommission entschieden habe, dass der Fall vor Gericht gehen könne. Aber nichts sei passiert.

Marc Thörner fragt, ob jemand von den gerade Anwesenden Mitglieder seiner Familie verloren habe:

Aref soll erzählen. Aref wollte jedoch nicht erzählen, weil er Angst habe von den Mördern verfolgt zu werden. Nur unter der Bedingung, dass Kamera und Photoapparat ausgeschaltet würden, wäre er bereit. Andere Anwesende bestätigen, drei Leute seien mit Stöcken getötet worden. Aref sei der Sohn eines dieser drei auf diese Weise Ermordeten. Der Vater Arefs sei von Kamals Leuten mit einem Stock erschlagen worden, und zwar letztes Jahr.

Marc Thörner fragt, ob man Leute vertrieben habe:

Sein eigenes Haus, seine Ländereien und sogar seine Moschee hätten Kamals Leute genommen.

Marc Thörner fragt, wo er jetzt lebe:

Seit vier bis fünf Tagen heiße es, Kamal sei verschwunden, vielleicht ins Ausland. Aber seine rechte Hand Mohammad Jar sei immer noch da. Er selbst [Asadullah] sei vor Jahren in Ausland gegangen, nach Iran und dann nach Pakistan. Seit zwei Jahren sei er aber wieder da. Er lebe jetzt auf dem Gebiet seines Onkels. Er fühle sich dort jedoch als Fremder, weil er dahin gehöre, wo sein eigenes Gebiet sei. Die Familie sei seit drei Generationen dort gewesen.

Marc Thörner fragt, ob es irgend eine politische Partei gäbe, die ihnen helfe:

Seit zwei Jahren suche er Hilfe, bekomme aber keine. In diesem Gebiet gäbe es keine Regierung, keine Gesetze. Niemand sei zuständig. Er selbst sei zum höchsten Polizisten gegangen. Der Polizeichef habe dann bei noch höheren Leuten angerufen, aber es sei nichts geschehen. Arme Leute wie sie höre eben niemand an. Es gehe um Geld und um Macht. Alle Mächtigen gehörten zur gleichen Kette. Der Gouverneur gehöre zur *Jamiat*. Und *Junbesh* habe ihre Leute überall.

Marc Thörner fragt, ob auch Atta in dieser Gegend Einfluss habe:

Vier bildeten jetzt eine Kette: *Jamiat*, *Junbesh*, Atta, Kamal. Atta wolle jetzt noch Abdullah dazuholen, seit Dostum weg sei⁹.

[Aref tritt jetzt ein, ein afghanischer Araber. Er wird gedrängt zu erzählen. Marc Thörner beruhigt seine Befürchtungen, indem er ihm versichert, dass nichts aufgenommen werde.]

Der erschlagene Vater Arefs heiße Qurban. Zuerst habe Kamal seinen Onkel Assankhan verhaftet, als sein Vater im Iran gewesen sei. Der Onkel habe Arefs Vater holen sollen. Dafür habe man ihn wieder frei gelassen. Assankhan habe sich entsprechend verhalten. Dann hätten sie Qurban mit einem Stock zu Tode geprügelt.

Marc Thörner fragt nach dem Grund für den Mord:

Kamals Leute hätten vier oder fünf ältere Leute mitgenommen. Einer davon solle irgendwie etwas mit einer Frau gemacht haben. Auch diese Leute seien umgebracht worden.

⁹ Diese Aussage ist mittlerweile, wie man in Afghanistan so sagt, Schnee von gestern. Karzai selbst hat Dostum rehabilitiert, als einen der Warlords, die sein politisches Überleben sichern sollen.

Einer der Kommandeure habe einem der Verhafteten vorgeworfen, dass der seine Schwägerin habe heiraten wollen. Er habe ihn dann sofort erschossen.

Marc Thörner fragt, ob vielleicht Landkonflikte eine Rolle spielten:

Aref antwortet, dass es um Land nicht gehen könne, weil er arm sei und kein Landbesitzer.

[Kommentar des Dolmetschers: Die Leute hätten offensichtlich Angst und stünden unter Druck.]

[Asadullah wiederholt nun seine Anklagen gegen verantwortliche afghanische Stellen.]

Marc Thörner möchte wissen, was für eine Entscheidung das Gericht getroffen habe:

Das Gericht habe bestimmt, dass die Entscheidung in Kabul getroffen werden müsse.

Marc Thörner fragt, ob er glaube, dass er Probleme bekommen habe, weil er Paschtune sei:

Er sei mit diesem Verfahren beschäftigt [Marc Thörner hakt nach, er wolle etwas ganz anderes wissen]. Seit 87 habe er die Erlaubnis für dieses Gebiet und dürfe es nicht betreten. Seit die Taliban weg seien, wohnten ganz andere Leute da. Sein Dokument sei ein originales Dokument, die Dokumente der anderen Fälschungen.

Marc Thörner fragt, ob einige Leute nun begönnen, die Taliban zu mögen, nachdem sie solche Schwierigkeiten bekommen hätten:

Die Ausländer hätten doch vor, immer und ewig hier zu bleiben [in Afghanistan]. Dann müssten sie aber auch Gutes tun. Sie müssten sich gegen die Monster und für die armen Leute entscheiden. Sie würden aber nur „diesen vier“ helfen. Er wisse nicht, wozu sie eigentlich da seien, wenn sie sich nicht entscheiden könnten. Wenn sie Straßen bauten oder Krankenhäuser, dann sei ihm das egal. Er sei ohne Arbeit und ohne ein Dach über dem Kopf. Wenn man so lebe wie er jetzt, dann gehe man eben irgendwann zu den Taliban. Ca. 10 000de von ihnen seien jetzt im Iran und in Pakistan. Weil es [in Afghanistan] keine Gesetze, keine Regeln gebe, sei es besser in Pakistan oder Iran. Wenn man in Afghanistan jemanden kenne, der Einfluss habe, dann könne man machen, was immer man wolle. Sonst sei man wie dieser junge Mann [Aref].

Marc Thörner fragt, wie er sich fühle, wenn afghanische oder ausländische Truppen angegriffen würden, ob er sich dann freue oder traurig sei:

Die Grenzen zwischen den Taliban und den Kommandeuren seien manchmal nicht leicht zu ziehen. Die Taliban würden auch von „diesen vier“ unterstützt. Sie seien völlig korrupt. Die Kommandeure und die Taliban würden sich gegenseitig helfen. Es habe auch mit Geld zu tun. Seit dreißig Jahren seien diese Leute Kommandanten und machten Krieg. Sie seien Professoren des Kriegs geworden. Sie täten alles, um ihre Ziele zu erreichen. Man müsse das verstehen. Auch der hier [Kamal] arbeite mit den Taliban, wenn es ihm nütze.

Marc Thörner fragt, ob auch er selbst die Taliban unterstützen würde:

Sollte er in Schwierigkeiten geraten, dann würde er auch Hilfe von den Taliban annehmen. Wenn die Taliban jetzt Schwierigkeiten bekämen, dann gäbe er ihnen keine Hilfe. Die Kommandeure benötigten die Taliban, um dieses Gebiet zu kontrollieren.

Marc Thörner fragt, ob er noch etwas zu sagen habe:

Die Unterschriften, die er für sich und seine Leute besorgt habe, hätten nichts bewirkt. Er wolle, dass die Ausländer die Verbrecher inhaftierten. Ein Nachbar habe ca. 2000 Ziegen und Lämmer besessen. Bewaffnete seien gekommen, hätten seine zwei Söhne getötet und alle Tiere mitgenommen.

Marc Thörner fragt, wie viele Familien eigentlich ihr Land verloren hätten:

Mehr als 5000 Familien seien von ihrem Land vertrieben worden. Wenn man von Sar-e Pol in das Gebiet komme, dann sehe man, dass alle Häuser dort zerstört seien. Alle Ishaqzai-Leute seien vertrieben worden. Seine ganze Verwandtschaft sei jetzt schon weg, in Pakistan und Iran. Eines Tages seien die Leute Payindas gekommen, hätten die Häuser zerstört und die Menschen [...] misshandelt, obwohl Karzai und der Gouverneur Leute zum Schutz geschickt hätten. Shafaq [Ein Kommandeur, der zum Schutz geschickt wurde] mit seiner Miliz habe die 20 Autos des Militärs zerstört und sogar den Gouverneur, der ebenfalls da gewesen sei, weggeschickt. Die Leute von Shafaq seien Hazara. Jetzt sei er [Shafaq] Gouverneur von Faryab. Er [Asadullah] könne das nicht verstehen.

Marc Thörner erklärt, dass das deutsche Militär eigentlich die Kontrolle über dieses Gebiet habe. Er fragt, was Asadullah unter diesen Umständen der deutschen Regierung zu sagen habe:

Sie sollten den Ishaqzai helfen und diese Leute daran hindern, weiter Verbrechen zu begehen. Die Anwesenheit der ISAF-Truppen hätte bisher verhindert, dass sie [die von Kamal, Payinda, Abdul Chireeq vertriebenen unregistrierten Flüchtlinge, Paschtunen und Araber] schon in Pakistan seien.

Fazit

Im Schatten der ISAF begehen die Privatmilizen der großen und kleinen nordafghanischen Warlords, die sich in erster Linie über den Drogen-Waffenhandel aus Afghanistan in die zentralasiatischen Republiken finanzieren, weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen. Einige der wichtigsten Warlords wie Atta und Fahim sind Teil der afghanischen Regierung geworden, andere wie Dostum haben mit der Regierung Karzai Stillhalteabkommen getroffen, die ihre Machtbasis vor Ort unangetastet lassen. Etwa gleichzeitig hat die militärische Führung der OEF die Leitung der ISAF übernommen. Damit verhindert die von OEF schon zu Beginn ihres Bestehens betriebene Aufstandsbekämpfung unter Zuhilfenahme afghanischer Kommandeure alle ernst gemeinten Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft, die Entwaffnung der Milizen in die Wege zu leiten und der Straflosigkeit für vergangene und gegenwärtige Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu bereiten. Außerdem wird so die auf dem Petersberg beschlossene Entwicklung Afghanistans hin zu einem funktionierenden Rechtsstaat verhindert, eine Entwicklung, deren Absicherung der eigentliche Sinn des ISAF-Mandats ist. Die Neubestimmung des Afghanistaneinsatzes der USA während der ersten Monate der Obama-Regierung hat leider zu einem Sieg der Aufstandsbekämpfer Gates und McChrystal über die Staatsaufbauer in der US-Regierung geführt. Der Wechsel des Oberkommandos zu Petraeus hat daran nichts geändert. Damit ist die Schließung der seit 2001 klaffenden gefährlichen Lücke zwischen Konzepten für einen afghanischen Staatsaufbau und militärischen Stabilitätskonzepten zu Ungunsten ersterer erneut in weite Ferne gerückt.

Marc Thörners Interviews zeigen, welche Auswirkungen die Politik der Stärkung und Stabilisierung der Warlords für die afghanische Bevölkerung haben. Da die Interviews nur Stichproben sind, können sie lediglich Hinweise auf das Ausmaß der Übergriffe geben. Andere, große NGOs und/ oder die *Vereinten Nationen* müssten, in Zusammenarbeit mit der *AIHRC*, eine flächendeckende Prüfung aller nordafghanischen Provinzen vornehmen. Bereits jetzt lässt sich aber eine eindeutige Folgerung aus dem der *GfbV* vorliegenden Material ziehen: Die Untätigkeit der *ISAF* gegen Menschenrechtsverletzungen afghanischer Milizen treibt die paschtunische Minderheit Nordafghanistans in die Hände von Aufständischen, die auf diese Weise in Gebieten wieder Fuß fassen konnten, aus denen sie nach 9/11 fast vollständig verdrängt waren. Vielleicht hat die Untätigkeit der Internationalen Gemeinschaft sogar zur Verstärkung des Aufstands in Nordafghanistan beigetragen. Eine zweifelsfreie Erhärtung oder Widerlegung dieser Vermutung ließe sich aber nur nach der soeben angesprochenen flächendeckenden Prüfung vornehmen.